

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 04.03.2010
Sitzung Nummer:	6 (KT/06/2010)
Sitzungsdauer:	17:02 - 18:35 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzende/r

Gabriela Grimm
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Arnold Bausemer

Herr Ralf Bergmann

ab 17.10 Uhr

Herr Ralf Berlin

Herr Dr. Jörg Böhme

Herr Dieter Bolle

Herr Gerhard Borstell

Herr Detlef Braune

Herr Gerald Eisenhut

Herr Jürgen Emanuel

Herr Marcus Graubner

ab 17.30 Uhr

Herr Hardy Peter Güssau

Herr Ernst Jesse

Herr Uwe Klemm

Herr Norbert Krebber

Herr Peter Krüger

Herr Dr. Michael Kühn

Herr Wolfgang Kühnel

Frau Katrin Kunert

Herr Herbert Luksch

Herr Klaus-Peter Noeske

Frau Christine Paschke

Frau Dr. Helga Paschke

Herr Bernd Prange

Herr Hartmuth Raden

Herr Günter Rettig

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Gerd Schlaak

Herr Tiemo Schönwald

Herr Waldemar Schreiber

Herr Nico Schulz

Herr Eduard Stapel

Herr Norbert Tanne

Herr Tilman Tögel

Herr Eike Trumpf

Frau Ulrike Weis

Herr Torsten Werner
Herr Frank Wiese
Herr Peter Zimmermann

ab 17.15 Uhr

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth
Frau Annemarie Theil
Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Frau Edith Braun
Herr Uwe Classe
Herr Horst Janas
Herr Rüdiger Kloth
Herr MR Dr. Volkmar Lischka
Herr Dr. Rudolf Opitz
Herr Detlef Radke
Herr Bernd Witt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 5. Sitzung des Kreistages Stendal am 28.01.2010
- 5 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 5. Sitzung des Kreistages am 28.01.2010
- 6 Abschließende Behandlung der Drucksache Nr. 051/2009 zur Thematik Bau eines Steinkohlekraftwerkes auf dem Gelände des Gewerbe- und Industrieparks Arneburg - Antrag der SPD-Fraktion -
Vorlage: 110/2010
- 7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen - 2. Lesung und Beschlussfassung -
Vorlage: 080/2009
- 8 Änderung Nahverkehrsplan 2009 - 2014
Vorlage: 101/2010
- 9 Wappennutzung durch die Bürogemeinschaft MdB Katrin Kunert - MdL Dr. Helga Paschke
Vorlage: 102/2010
- 10 Beschluss über die Neubenennung eines Mitgliedes für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Stendal stimmberechtigter Bürger
Vorlage: 115/2010
- 11 Vorschlagsliste für die Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter für die Kammern bzw. Senate für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes der Sozialgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: 113/2010
- 12 Beteiligungsbericht 2009 für den Landkreis Stendal in Fortschreibung für das Jahr 2008 - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 100/2010
- 13 Anfragen und Hinweise

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Lothar Riedinger, eröffnet um 17.02 Uhr die 6. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

Der Kreistag tritt in eine Schweigeminute und gedenkt dem langjährigen Mitglied des Kreistages, Herrn Wolfgang Peller, der am 31. Januar 2010 verstorben ist.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es bestehen keine Wortmeldungen.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Kreistages möchte, bevor er in die Tagesordnung eintritt, im Namen des Kreistages Herrn Gerhard Borstell nachträglich zum 60. Geburtstag gratulieren.

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 19. Februar 2010,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 40 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Herr Riedinger fragt, ob es Wortmeldungen zur vorliegenden Tagesordnung gibt?

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Tagesordnung.

Der Vorsitzende stellt sodann die Tagesordnung fest.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 5. Sitzung des Kreistages Stendal am 28.01.2010

Beim Kreistagsvorstand und beim Landrat sind keine Einwende gegen die Niederschrift eingegangen. Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 5. Sitzung des Kreistages Stendal am 28.01.2010 fest.

zu TOP 5 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 5. Sitzung des Kreistages am 28.01.2010

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 5. Sitzung des Kreistages am 28.01.2010 (DS-Nr. 090/2009 und DS-Nr. 084/2009) bekannt.

**zu TOP 6 Abschließende Behandlung der Drucksache Nr. 051/2009 zur Thematik Bau eines Steinkohlekraftwerkes auf dem Gelände des Gewerbe- und Industrieparks Arneburg - Antrag der SPD-Fraktion -
Vorlage: 110/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Borstell verweist auf den Antrag der Fraktion Die LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen, die Drucksache Nr. 051/2009, und bemerkt, dass der Antrag zur damaligen Zeit in die Ausschüsse zur Beratung verwiesen wurde. Es hatte jeder genügend Zeit, um sich beraten zu lassen. Die Fraktion der SPD ist der Auffassung, dass die Drucksache nunmehr am 22.04.2010 abschließend beraten werden kann.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.
Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen - 2. Lesung und Beschlussfassung -
Vorlage: 080/2009**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Der Landrat bemerkt, dass der vorliegende Beschlussentwurf sehr intensiv in den Ausschüssen und Fraktionen beraten worden ist. In den vergangenen Tagen hat sich leider eine weitere Erhöhung des Defizits des Verwaltungshaushaltes ergeben. Dem Kreistag liegt nunmehr ein Haushaltsplanentwurf mit einem strukturellen Defizit für das Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 3,4 Mio. Euro vor. Die Tarifierhöhungen verschärfen die Situation natürlich nochmals.

Die nächste große Ausgabeposition sind die Kosten der Unterkunft.

Wir haben versucht, einen Stellenabbau vorzunehmen. In der Summe der Zahl ist das ein Gleichstand gegenüber dem vergangenen Jahr. Das hat zwei Ursachen. Diese sind das zweite Funktionalreformgesetz und die Problematik Erlass und Ermäßigung von Elternbeiträgen im Bereich der Kinderbetreuung.

Wir gehen jedoch davon aus, dass auch im kommenden Jahr weiterhin Personal abgebaut wird. Er verweist auf das vorliegende KGST-Gutachten. Dieses wird in den kommenden Wochen ausgewertet. Mit dem FHLA wurde bereits besprochen, einen ersten Entwurf im Frühjahr 2010 vorzustellen.

Bei der Kreisumlage konnte der Hebesatz gesenkt werden. Das hängt jedoch damit zusammen, dass sich durch die Novellierung des FAG die Umlagegrundlagen verändert haben.

Die freiwilligen Aufgaben wurden nochmals auf den Prüfstand gestellt. Zur Zeit werden 1,83 % unserer Gesamtausgaben im Verwaltungshaushalt für freiwillige Aufgaben verwendet. Ich bin froh, dass hier keine weiteren Kürzungen vorgenommen worden sind. Wenn wir hier noch weiter den Rotstift ansetzen, braucht man im Umkehrschluss das Wort ländliche Entwicklung nicht mehr in den Mund zu nehmen.

Als Kreditaufnahme haben wir 999,0 T€vorgesehen. Dem setzen wir die Tilgung in Höhe von 1,1 Mio. €entgegen. Die Aufnahme des Kredites nach zweijähriger Pause hat zwei Ursachen. Einmal ist uns die Investitionspauschale um gut 1,0 Mio. €gekürzt worden und zweitens haben wir nochmals die K II-Mittel, die wir mit 12,5 % gegenfinanzieren müssen.

Der Schwerpunkt der Finanzierung liegt natürlich im Bereich der Schulen.

Es ist vorgesehen, die Konsolidierung weiterzuführen. Im wesentlichen hat das Konzept ge-griffen, zumindest in den Bereichen, die durch uns zu beeinflussen waren. Wir sehen in diesem Konzept jedoch jetzt den Haushaltsausgleich für das Jahr 2017 vor.

Ob unser Haushalt genehmigungsfähig ist, das kann ich Ihnen heute leider nicht beantworten. Es ist jedoch keinem geholfen, wenn die Aufsichtsbehörde die Genehmigung verweigert. Der Landrat bedankt sich nunmehr ausdrücklich für die intensive und konstruktive Mitarbeit in den Fraktionen und Ausschüssen und bittet um Zustimmung für den vorliegenden Haushaltsplanentwurf.

Herr Rettig hofft, dass es mit der heutigen Beschlussfassung einen genehmigungsfähigen Haushalt 2010 geben wird. Der relativ späte Zeitpunkt ist unseres Erachtens vernünftig und allein der Tatsache geschuldet, dass erst die Beschlussfassung des FAG und seine finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt abgewartet werden mussten. Auch das Ergebnis der Tarifverhandlungen entspricht annähernd dem, was vorsorglich für 2010 im Haushaltsansatz berücksichtigt wurde. Andererseits steht nach wie vor die Kürzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft im Raum. Noch sind die Kosten des Winters und die Kosten im Straßennetz nicht zu beziffern und somit nicht klar, ob der Landkreis nicht auch ein Schlaglochsonderprogramm benötigt. Trotzdem sind die Ziele des Landkreises recht anspruchsvoll. Die Rahmenbedingungen haben sich für uns jedoch weiter verschlechtert. In diesem Jahr sollen mehr als 4,4 Mio. Euro aus dem Vermögenshaushalt allein zur Verbesserung der Unterrichtsbedingungen gesteckt werden, wobei mehr als die Hälfte der Mittel aus dem Konjunkturprogramm oder anderen Zuschüssen stammen. Weitere 2,2 Mio. Euro gehen in den Straßenbau. Andererseits ist die erwähnte Kreditaufnahme für den Vermögenshaushalt eine Kröte, die man schlucken muss, weil insbesondere die Kürzung der Investitions-pauschale dafür verantwortlich ist. Wenn man dem Verwaltungshaushalt etwas Positives abringen kann, dann ist es die Tatsache, dass die freiwilligen Aufgaben nicht gekürzt wurden. Die Zuschüsse an Dritte sind im Haushalt wie in den vergangenen Jahren verankert. Durch die Erhöhung der Bemessungsgrundlage steigen die Einnahmen aus der Kreisumlage trotz Senkung des Hebesatzes um mehr als eine Million Euro. Niedrigen Zinsausgaben bei Kassenkrediten und Minderausgaben bei den KdU stehen aber Mindereinnahmen der KdU durch die geplante Senkung des Bundesanteils, geringere Einnahmen aus dem FAG und steigende Kosten der Kinderbetreuung entgegen.

Man könnte jetzt meinen, der Landkreis und der Kreistag seien im Klagen geübt. In regelmäßigen Abständen machen wir auf die Finanzsituation aufmerksam. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache.

Der Vermögenshaushalt kann nur durch Kreditaufnahme ausgeglichen gestaltet werden. Im Verwaltungshaushalt verzeichnen wir nun einen strukturellen Fehlbetrag von 3,4 Mio. Euro. Die Summe aller Fehlbeträge beläuft sich fast auf 42,0 Mio. Euro, und die Gesamtschulden reißen ein Loch von über 67 Mio. Euro.

45 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes müssen für soziale Zwecke verwendet werden, und trotz leicht sinkender Zahlen der Bedarfsgemeinschaften bleibt der Eigenanteil des Landkreises an den Kosten der Unterkunft jährlich bei mehr als 11,0 Mio. Euro. Das hat mit Jammern nichts zu tun. Das ist Realität. Seit Erarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes (HKK) haben wir nicht in einem einzigen Jahr auch nur annähernd die Zielstellung erreicht – gehen unterdessen von einer Konsolidierung im Jahr 2017 aus. Die finanziellen Engpässe bestimmen schon längst unsere politischen Entscheidungen im Kreistag. Regelmäßig wird die Frage nach Einsparungen und Leistungseinschränkungen aufgeworfen. Tatsächlich ist für Kürzungen wenig Spielraum vorhanden, denn viele der zu bewältigenden Aufgaben gehören zu den Pflichtaufgaben. Kürzungen im Bereich der freiwilligen Aufgaben sind auch in Zukunft mit unserer Fraktion nicht zu machen.

Es bleibt der große Posten der Personalausgaben. Einerseits wurde Personal seit 2008 kontinuierlich abgebaut, andererseits haben wir in der Verwaltung ein Durchschnittsalter von 48,9 Jahren erreicht. Es gibt, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe, immer wieder Bearbeitungsstaus, die die betroffenen Personen, aber vor allem freie Träger, in arge finanzielle Schwierigkeiten bringen. Nun gibt es eine sogenannte Studie über Personalausstattungen in Musterkreisen, die gegenwärtig in der Verwaltung ausgewertet wird. Ob mit ihr nun der Stein der Weisen gefunden wurde, bleibt abzuwarten. Ich hoffe und erwarte, dass sie bald in die Arbeit der Ausschüsse einbezogen wird.

Schlussfolgernd möchte ich feststellen, dass ein Rettungsschirm für die Kommunen notwendig ist und nicht die Übertragung immer weiterer Aufgaben ohne angemessene Ausgleichsfinanzierung. Das heißt, wir müssen als Kreistag deutlich machen, wir fordern die Landesregierung auf, bei der Erarbeitung eines Nachtragshaushaltes 2011 die Absenkung der Finanzaufweisungen des Landes an die Kommunen im Vergleich zum Jahre 2009 zurückzunehmen. Wir müssen von der Landesregierung fordern, im Bundesrat umgehend im Interesse der Kommunen aktiv zu werden. Das betrifft sowohl wirkungsvolle Kompensationsmaßnahmen für Steuerausfälle, aber

auch die Rücknahme der geplanten Kürzungen des Anteils der Kosten der Unterkunft. Wir benötigen mehr als ein kommunales Entschuldungsprogramm STARK II, welches mehr Fragen aufwirft anstatt zu zukunftsfähigen Lösungen beizutragen.

Die Fraktion Die LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen wird mehrheitlich dem Haushalt zustimmen. Herr Rettig möchte sich bei Frau Grewatsch und Herrn Wulfänger für die große Arbeit, die bei der Beantwortung unserer Fragen geleistet wurde, bedanken. Das hat zwar den Haushalt nicht besser gestaltet, aber doch zu einem wesentlich höheren Verständnis beigetragen.

Herr Kühnel möchte sich an das Lob für die Kämmerei anschließen. Wir haben selten zuvor in solch geeigneter Form die Zahlen präsentiert bekommen. Wenn man mit dem Haushalt 2010 beginnt, muss man an das FAG anknüpfen. Zum ersten Mal ist es der Landesregierung gelungen, das FAG aufgabenbezogen zu gestalten. Gerade in der Krise ist die Finanzausstattung für unseren Landkreis doch relativ großzügig. Es hätte noch schlimmer kommen können. Trotzdem wollten wir über unsere Landtagsabgeordneten darauf einwirken, dass etwas in diesem FAG geändert wird. Und dabei bleiben wir auch. Wenn man aufgabenbezogen ein FAG gestaltet, dann muss man auch die Situation vor Ort besonders berücksichtigen. Dies ist nicht in dem Maße passiert, wie es hätte passieren müssen, denn in einer dünnbesiedelten Region sind besondere Aufgaben eben nicht zu dem Aufwand zu lösen, wie er unterstellt wird. Ich möchte nur zwei Bereiche nennen, und das sind die Bereiche der Straßenbaulast und der Schülerbeförderung. Hier darf man nicht locker lassen. Es gilt, für 2012 im Landtag wieder über das FAG zu sprechen und diese Veränderungen plausibel und belastbar vorzunehmen.

Wir werden dem Haushalt ebenfalls zustimmen, haben jedoch einige Positionen entdeckt, wo wir dringend eine Klärung anmahnen. Ich greife den Stellenplan und die Personalausgaben auf. Wir haben konsequent versucht, die Haushaltskonsolidierung umzusetzen und auch Personal abgebaut. Bei den Haushaltsberatungen hat uns Herr Wulfänger versucht zu erklären, dass man, obwohl die Anzahl der Personen, die angestellt sind, beibehalten wurden, Personal weiter reduziert hat. Dies einfach deshalb, weil man 5 Mitarbeiter mehr in dem Bereich der Elternbeiträge in Kita's anstellen musste. Viele von uns waren vor 5 Jahren sehr erstaunt, als man uns gesagt hat, wenn wir Hartz IV bekommen, dann haben wir keinen Euro mehr zu bezahlen. Wir alle wissen, dass man sich damit geirrt hat. Wir haben seit dieser Zeit mit den Kosten der Unterkunft zu kämpfen, haben aber auch mit vielen Regularien in der ARGE zu kämpfen, die durch die Verknüpfung mit der Agentur für Arbeit in Nürnberg sehr steril und sehr unbeweglich sind. Ich habe mich mal erkundigt, was doppelt gemacht wird. Wenn man in der ARGE einen Antrag auf KdU stellt, dann muss man die nötigen sehr umfangreichen Unterlagen vorlegen. Wenn man dann von der ARGE weggeht und einen Antrag auf Erlass der Elternbeiträge stellen will, dann muss man zum Landkreis gehen und beim Landkreis die gleichen Unterlagen beibringen. Dann bearbeiten wir den Vorgang noch einmal. Und dafür mussten wir 5 Mitarbeiter mehr beschäftigen. Darum kann man nun nach 5 Jahren Praxis und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes überprüfen, welche Organisationsform der Verwaltung von Hartz IV günstiger ist. Vielleicht ist es jetzt an der Zeit, auch einmal darüber nachzudenken, ob man eventuell als Landkreis Aufgaben mit übernimmt – eine Art Optionsmodell macht, wo man Aufgaben besser erledigen und Kosten einsparen kann. Unsere Aufgabe ist es, eine effektive Verwaltung vorzuhalten. Wir sprechen alle von Bürokratieabbau. Jetzt haben wir die einmalige Gelegenheit, diese Dinge zu überprüfen. Deshalb haben wir uns entschlossen, für den nächsten Kreistag eine entsprechende Vorlage einzubringen, wo wir die Verwaltung beauftragen zu überprüfen, welche Möglichkeiten bei einer besseren Zusammenarbeit zwischen ARGE und Landkreis existieren, um Einsparungen in Verwaltungsleistungen zu erreichen und evtl. ein anderes Modell der Verwaltung von Hartz IV in das Spiel zu bringen. Ich denke, damit sollten wir uns schon jetzt befassen, damit wir in den nächsten Sitzungen der Fraktionen und Ausschüsse bereits Zahlen erhalten, was wir in dem Bereich anders und besser machen können, damit wir Personalkosten einsparen können.

Herr Borstell möchte für die Fraktion der SPD ebenfalls ein Lob an die Verwaltung aussprechen. In den Ausschüssen wurde analytisches sehr umfangreiches Material vorgelegt. Ich glaube, dieses Material hat in diesem Jahr erstmalig in dem Umfang vorgelegen. Das hat uns geholfen, einen tiefen Einblick zu bekommen und hat uns das entsprechende Verständnis für die Haushaltsprobleme gegeben.

Die wesentlichen Veränderungen wurden bereits alle besprochen, und Herr Borstell möchte sie nicht noch einmal aufzählen.

Im Regiebetrieb gab es eine positive Entwicklung, die auch weiter fortgeführt werden soll. Hier sollte nach weiteren Einsparpotentialen gesucht werden. Wir haben Herrn Wulfänger und Frau Grewatsch geglaubt, dass die Fallzahlen und Grundlagen nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen worden sind. Wir erwarten natür-

lich, dass wir von der Verwaltung über Abweichungen rechtzeitig informiert werden, um die Haushaltsdurchführung ordentlich begleiten zu können.

Nun einige Anmerkungen zum HKK. Wir haben uns darin vorgenommen, den strukturellen Fehlbetrag zu reduzieren und einen positiven Jahresabschluss zu erwirtschaften. Wir wissen jedoch alle, auf welchen Füßen das HKK steht, wie viel Risiken es birgt. Die Kreisumlage ist eine Position. Und es wird in den Gemeinden für Aufregung sorgen, wenn die Ansätze 2010 mit 32,9 Mio. Euro als absoluten Betrag genannt werden und 2015 steigt sie dann auf 36,2 Mio. Euro. Wir haben jetzt einen Hebesatz, der auf dem Jahr 2008 basiert. Und das waren gute Zeiten bzgl. der Steuerkraft der Kommunen. Die Kommunen sind aufgefordert, die Steuerkraft zu erbringen, damit der Landkreis dann auch die 36,2 Mio. Euro einnehmen kann. Ohne die Aufbringung der Kreisumlage können wir uns den Weg zum Landesverwaltungsamt sparen und um die Haushaltsgenehmigung zu bitten.

Der Vermögenshaushalt beinhaltet als Schwerpunkte Schul- und Straßenbau. Man muss sich die Frage stellen, ob es noch realistisch ist, bis 2013 alle Schulen zu sanieren. Hier muss man realistisch bewerten. Mit dem Entschuldungsprogramm sind wohl einige Probleme verbunden, die im FHLA und KVPA besprochen werden sollten, um für den Landkreis auch hier Vorteile zu nutzen. Die Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Herr Wiese bedankt sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls bei der Verwaltung für die Darstellung des Haushaltes. Wir sind wirklich sehr gut über das Thema Haushalt informiert worden. Er wird nicht alles wiederholen, was dargelegt wurde. Eigentlich hat Herr Rettig alles gesagt.

Herr Wiese möchte aber noch einmal zur Kreisumlage sprechen. Wir haben zwar eine Senkung des Hebesatzes, aber wir müssen für die Zukunft darauf achten, dass wir im ländlichen Raum auch noch Geld in den Kommunen lassen. Es kann nicht sein, dass die Haushalte in den Kommunen sämtlich fast nicht gedeckt sind. Wir haben uns über die demographische Entwicklung unterhalten. Wenn wir keine Infrastruktur mehr im ländlichen Raum haben, dann werden wohl immer weniger Jugendliche den Anreiz haben, hier zu bleiben. Wir müssen uns langsam mal überlegen, wie wir Wirtschaftskraft erhöhen und vielleicht auch Wirtschaftskraft herziehen und nicht parteiübergreifend und in vielen Gremien nur darüber reden, wie wir manches nicht hinbekommen, wie wir manches verhindern oder wie wir uns zerreißen mit manchen Dingen, die bereits umfänglich besprochen worden sind. Ich glaube, jeder Euro Steuereinnahmen in der Zukunft wird für den Landkreis und die Kommunen dringend notwendig.

Herr Berlin möchte bekräftigen, dass noch nie ein Haushalt den Mitgliedern des Kreistages so gut vorgestellt wurde. Hier ein herzlicher Dank an die Verwaltung.

Wir sind in diesem Jahr mit neunzehn Tausend Euro Fehlbedarf angetreten. Gelandet sind wir bei 3,4 Mio. Euro. An den freiwilligen Leistungen ist nichts mehr zu sparen. Die Finanzausstattung muss besser werden. Man muss auch die Frage stellen, ob die Kosten der Grundsicherung, die jährlich steigen, Aufgaben des Landkreises sind? Das muss in Berlin und Magdeburg entschieden werden. Dem Haushalt werden wir zustimmen. Wir haben die Hoffnung, dass er durchkommt. Aber der Glaube fehlt, dass das Landesverwaltungsamt dem so zustimmt.

Herr Berlin weist darauf hin, dass die Kreisumlage erhöht wurde und nicht, wie der Landrat sagte, eine Senkung. Er möchte nicht, dass in der Zeitung steht, die Kreisumlage wurde gesenkt. Einer weiteren Erhöhung wird die Fraktion der FDP nicht mehr zustimmen.

Herr Raden ergreift das Wort als kreislicher Vorsitzender des Städte- und Gemeindebundes. Es wird hier so getan, als könnten wir alle zufrieden sein. Es wird so getan, als ob wir Gemeinden zufrieden sein können. Ich muss deutlich sagen, es kann keinen zufrieden stellen, wenn wir die allgemeinen Zuweisungen sofort weitergeben, weil die Kreisumlage das verlangt. Wir wollten als Städte- und Gemeindebund eine Trennung. Wir wollten aufgabenbezogen Geld bekommen. Das ist leider misslungen und im FAG nicht so aufgenommen worden. Jetzt haben wir die Situation, dass die Gemeinden eine Million Euro mehr an den Landkreis geben müssen. Es wurde von Herrn Rettig auf die Straßenreparaturen hingewiesen. Dasselbe haben wir in den Gemeinden. Wir sitzen genauso vor diesem Problem und haben nicht genug Geld, um diese Löcher zu stopfen. Wenn uns noch eine Hebesatzerhöhung ins Haus steht, evtl. vom Landesverwaltungsamt gefordert, dann können wir fragen, wo die gemeindliche Selbstverwaltung ist. Es muss gefordert werden, dass das Land dafür Sorge trägt, dass das Geld unten ankommt, was aufgabenbezogen bei uns ankommen muss. Wenn die Novellierung des FAG ins Haus steht, denke ich, ist es langsam Zeit, diese einzelnen Ströme, die in die einzelnen kommunalen Ebenen gehen sollen, auch zu trennen.

Frau Kunert wendet sich an Herrn Raden und fragt ihn, wann die Spitzenverbände der Kommunen endlich mal auf den Tisch klopfen. Ich erlebe es auf Bundesebene, wir erleben es auf Landesebene, und wir bekommen immer kurz vor Schluss, wenn das Bein dick ist, Briefe, dass wir uns einsetzen sollen. Es hat nicht einer gesagt, dass wir auch an der Steuergesetzgebung des Bundes hängen. Uns nutzt eine Altmarkkonferenz herzlich wenig, wenn sich im FAG nicht niederschlägt, dass wir hier zwar wenig Einwohner haben, aber mindestens genau so viele Schlaglöcher wie eine Stadt Magdeburg oder sonst irgend ein Kreis. Wenn wir nicht im Landesentwicklungsplan diese Dinge für die Altmark und den Landkreis Stendal einfordern, dann kann ich mich zehnmal hinstellen und schimpfen – das nutzt uns nicht.

Jeder muss an seiner Stelle kämpfen. Aber die Spitzenverbände sind nicht immer die Partner der Kommunen.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage Drucksache Nr. 080/2009 abstimmen.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 0 Enthaltung 2

zu TOP 8 Änderung Nahverkehrsplan 2009 - 2014
Vorlage: 101/2010

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Frau Kunert bemerkt, dass an der Vorlage nichts auszusetzen ist. Sie möchte jedoch ihre Frage, die sie bereits im FHLA gestellt hat, wiederholen. Es handelt sich um eine Änderung des Nahverkehrsplanes von 2009 bis 2014. Das heißt, ein wichtiges Kriterium, nämlich die Zeit der Abschreibung von Buslaufzeiten, wird hier korrigiert. Wir befinden uns bereits in einem Genehmigungsverfahren, was die 3 Linienbündel angeht, über die wir uns im Kreistag verständigt haben. Wenn diese Beschlussfassung für die Vergabe der Genehmigung relevant ist, dann steht die Frage, ob man anderen Busunternehmen noch nachträglich die Möglichkeit gibt, ein Angebot zu unterbreiten?

Der Landrat bemerkt, dass die Verlängerung der Abschreibungszeiten bereits Bestandteil der Angebotsunterlagen für das Genehmigungsverfahren war. Im Nahverkehrsplan wird diese Änderung nunmehr korrigiert.

Herr Berlin fragt nach, ob allen Bietern die Verlängerung der Abschreibungszeiten mit den Angebotsunterlagen vorgelegen hat, diese somit Bestandteil der Unterlagen war?

Der Landrat bejaht es.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage Drucksache Nr. 101/2010 zur Abstimmung.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 0 Enthaltung 1

zu TOP 9 Wappennutzung durch die Bürogemeinschaft MdB Katrin Kunert - MdL Dr. Helga Paschke
Vorlage: 102/2010

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Raden denkt, dass der Antrag nicht nur für eine Richtung gilt. Wir müssen uns grundsätzlich im Kreistag Gedanken machen, ob wir so etwas wollen. Ich bin der Meinung, politischen Parteien, Bündnissen, politischen Tätigen grundsätzlich das Verwenden unseres Wappens nicht zu gestatten.

Sie erleben in der normalen Werbung, dass Werbende immer großen Wert darauf legen, dass man weiß, was drin ist. Mit dem Namen wird einiges verbunden. Hier ist es so, dass die Wappen beider Landkreise der Altmark erscheinen sollen. Die Frage ist, ob einer, der das jetzt so sieht, der Meinung ist, nun eine amtliche Mitteilung zu bekommen. Ist es nötig, dass wir als Landkreis als Wappen auftauchen? Herr Raden ist nicht der Meinung, dass

das Landkreiswappen hier zur Verfügung gestellt werden sollte. Es wäre, wie gesagt, eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen. Es soll heute bitte nicht fokussiert werden auf Vertreter der Linken, sondern wir sollten es auf alle Parteien, alle Bündnisse, auf alle, die politisch meinungsbildend wirken, beziehen.

Der Landrat findet es richtig, dass der Kreistag darüber zu entscheiden hat. Er dankt Frau Kunert und Frau Dr. Paschke, dass sie formell diesen Antrag gestellt haben. Er möchte sich auch ausdrücklich entschuldigen, sollte er in einem der Wahlkämpfe illegal dieses Wappen verwendet haben.

Er hat bis vor wenigen Tagen gedacht, dass es eine relativ normale Angelegenheit ist, über die eben der Kreistag zu entscheiden hat. Genau heute vor einer Woche hat das Mitglied des Kreistages, Herr Berlin, mich angesprochen und mich gefragt, was wir denn machen, wenn nächste Woche die NPD diesen Antrag stellt? Auch diesem Antrag müssten wir dann zustimmen, wenn wir heute den Beschluss fassen.

Der Landrat schließt sich dem Vorschlag von Herrn Raden an und bittet darum, heute einen Schlusstrich zu ziehen. Alle hier Anwesenden sollten sich selbst verpflichten, zukünftig für Parteien, für Wahlkämpfe und ähnliches das Wappen nicht mehr zu nutzen.

Herr Rettig stellt den Antrag, diesen TOP zu vertagen und in den Ausschuss zu verweisen. Es gibt offensichtlich noch Klärungsbedarf. Der Altmarkkreis Salzwedel hat dem anstandslos zugestimmt. Ich denke, hier muss man in aller Ruhe darüber reden.

Herr Bergmann meint, dass Herr Rettig Recht hat und würde den Antrag unterstützen. Er hätte heute zugestimmt, weil die rechtliche Situation so ist, dass man bedenkenlos zustimmen kann. Ich finde, wir sollen nicht immer dann, wenn wir uns selber ein Problem bereiten, rechte Institutionen vorschieben. Es bestehen Möglichkeiten, und diese sollten im Ausschuss beraten werden.

Herr Kühnel ist der Auffassung, dass mit der Wappennutzung auch verbunden werden könne, dass der Nutzer des Wappens geschäftlich und in seinen Aussagen in Zusammenhang mit dem Landkreis gebracht werden könnte. Das sollte ausgeschlossen werden.

Die Institutionen Bundestag und Landtag, so Herr Kühnel, hat sehr viele Möglichkeiten sich darzustellen. Da muss man nicht noch die Wappen der Landkreise dafür nutzen. Er bittet im Namen der CDU-Fraktion, den Antrag abzulehnen. Man sollte sich hier selbst verpflichten, das Wappen nicht im Wahlkampf und für die Partei zu nutzen. Das ist eine gute Lösung, und damit wäre für die Zukunft alles gesagt.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Rettig abstimmen, die Vorlage zur Beratung an den KVPA zu verweisen. Auf das Mitwirkungsverbot von Frau Kunert und Frau Dr. Paschke wird verwiesen.

Der Antrag von Herrn Rettig wird mehrheitlich, bei 12 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt nunmehr die Vorlage Drucksache Nr. 102/2010 zur Abstimmung.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 9 Nein mehrh Enthaltung 3

**zu TOP 10 Beschluss über die Neubenennung eines Mitgliedes für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Stendal stimmberechtigter Bürger
Vorlage: 115/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt die Vorlage Drucksache Nr. 115/2010 abstimmen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 11 Vorschlagsliste für die Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter für die Kammern bzw. Senate für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes der Sozialgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: 113/2010**

Der Vorsitzende sagt zur Vorlage folgendes an:

In die Vorschlagsliste für die Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter für die Sozialgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt ist auf Vorschlag der FDP-Fraktion weiterhin

Frau Christine Kühn

aufzunehmen.

Er bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt die Vorlage Drucksache Nr. 113/2010 abstimmen.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 12 Beteiligungsbericht 2009 für den Landkreis Stendal in Fortschreibung für das Jahr 2008 -
Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 100/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 13 Anfragen und Hinweise

Frau Dr. Paschke weist darauf hin, dass im Land eine Haushaltssperre verhängt worden ist. Ihre Frage an den Landrat ist, wie der jetzige Stand seiner Erkenntnis sei, wer alles von der Haushaltssperre betroffen ist und welche Anträge gestellt werden müssen?

Des Weiteren hat sie die Frage, warum die Mitglieder des Kreistages bestätigen müssen, dass sie den Haushaltsplan erhalten haben? Werden diese Bestätigungen an das Landesverwaltungsamt weitergereicht?

Der Landrat bemerkt, dass dem Landkreis noch keine konkreten Informationen zur Haushaltssperre des Landes bekannt sind.

Zur zweiten Frage kann er sagen, dass wir aufgefordert wurden, diese Bestätigung einzuholen. Diese werden nicht an das Landesverwaltungsamt weitergereicht, sondern verbleiben beim Landkreis zur Nachweisführung.